



Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA
Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers FINMA
Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari FINMA
Swiss Financial Market Supervisory Authority FINMA

4. APRIL 2019

Enforcementbericht 2018

Der Enforcementbericht der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA erscheint dieses Jahr zum fünften Mal. Er bietet anonymisierte Zusammenfassungen der abgeschlossenen Enforcementfälle der FINMA, eine Übersicht über die Gerichtsentscheide sowie einen ausführlichen Statistikeil, in dem die FINMA ihre Enforcementtätigkeit transparent darstellt.

Gemessen an der Anzahl der Fälle blieb die Enforcementtätigkeit der FINMA auch 2018 auf dem Niveau der Vorjahre. Eine markante Zunahme war insbesondere bei den Abklärungen zu möglicherweise unbewilligt tätigen Instituten zu verzeichnen. 343 solcher Abklärungen führte die FINMA 2018 durch (2017: 295). Hierbei beschäftigte sich die FINMA intensiviert mit der Frage der aufsichtsrechtlichen Einordnung von Blockchain-basierten Geschäftsmodellen.

Bei den abgeschlossenen Enforcementverfahren, insgesamt 42 Fällen, blieb im Jahr 2018 die Einhaltung der Vorschriften zur Geldwäschereibekämpfung ein vorherrschendes Thema. Andere Fälle betrafen mangelhafte Corporate Governance und ungenügendes Risikomanagement, Verstösse gegen die Marktverhaltensregeln sowie diverse Geschäftspraktiken, mit denen ohne die notwendige Bewilligung auf dem Finanzmarkt um Kundengelder geworben wurde. Den unterschiedlichen Fallkonstellationen stand auch ein breit gefächertes Spektrum an Massnahmen gegenüber. So zog die FINMA unrechtmässige Gewinne ein, ordnete Berufs- und Tätigkeitsverbote an und verfügte die Liquidation von diversen Gesellschaften. Dazu verfügte sie auch organisatorische Massnahmen wie etwa ein Verbot der Ausweitung des Privatkundengeschäfts einer Bank, Vorgaben zur Verbesserung der Kontrollsysteme im Geldwäschereibekämpfungsbereich oder Anordnungen betreffend die Erneuerung und Organisation des Verwaltungsrats.

Die FINMA ordnet Enforcementmassnahmen mittels Verfügung dort hoheitlich an, wo dies nötig ist, um das Aufsichtsrecht durchzusetzen. In vielen Fällen können Missstände bereits im Stadium von Abklärungen mit Massnahmen und Verbesserungen der betroffenen Gesellschaften beseitigt werden. Es kommt auch vor, dass die Verdachtsmomente im Rahmen der Abklärungen entkräftet werden und der Fall darum eingestellt wird. Entsprechend überstieg die Zahl der Abklärungen auch im Jahr 2018 diejenige der effektiv durchgeführten Enforcementverfahren um ein Vielfaches. Es kommt auch im Laufe von Enforcementverfahren vor, dass die FINMA sich gegen die Verhängung von Massnahmen entscheidet, etwa weil sich herausstellt, dass die Voraussetzungen dafür nicht gegeben oder Sanktionen zur Herstellung des rechtmässigen Zustands nicht mehr nötig sind.

Die Verfügungen der FINMA können von den Betroffenen gerichtlich angefochten werden. Dies führte im Berichtsjahr 2018 zu insgesamt 44 Gerichtsurteilen. Eine solche gerichtliche Überprüfung hilft dabei, Klarheit darüber zu erhalten, wie die naturgemäss interpretationsbedürftigen regulatorischen Bestimmungen in der Praxis auszulegen sind und wo die Linie zwischen erlaubtem und unzulässigem Verhalten am Finanzmarkt zu ziehen ist. Die Statistik zeigt, dass die Beschwerdeinstanzen im Jahr 2018 die Beschwerdeführer öfter mit ihren Begehren unterstützten, als dies in den Vorjahren der Fall war. Allerdings betraf rund ein Drittel der von den Gerichten gutgeheissenen Beschwerden einen spezifischen Fallkomplex. In rund 59 Prozent und damit in der Mehrzahl der angefochtenen Fälle stützten die Gerichte die Enforcementverfügungen der FINMA ganz oder mehrheitlich.

Inhaltsverzeichnis

4	Kasuistik FINMA
4	Übersicht
5	Bewilligter Bereich
14	Marktaufsicht
15	Unerlaubt tätige Finanzdienstleister
19	Übernahmen und Offenlegung
21	Internationale Amtshilfe
26	Gerichtsentscheide
26	Übersicht
27	Bewilligter Bereich und Marktaufsicht
27	Urteile des Bundesgerichts
27	Urteile des Bundesverwaltungsgerichts
28	Unerlaubt tätige Finanzdienstleister
28	Urteile des Bundesgerichts
29	Urteile des Bundesverwaltungsgerichts
30	Internationale Amtshilfe
30	Urteile des Bundesverwaltungsgerichts
31	Statistik
31	Allgemeine Statistiken
31	Abgeschlossene Enforcementgeschäfte
32	Abklärungen
33	Enforcementverfahren
34	Internationale Amtshilfe
35	Amtshilfesuche von ausländischen Behörden
35	Kundenverfahren
35	Amtshilfebegehren der FINMA im Zusammenhang mit eigenen Enforcementaktivitäten
36	Meldungen nach Art. 42c Abs. 3 FINMAG (Direktübermittlung durch Beaufschlagte)
37	Verfügungen in Enforcementgeschäften
37	Allgemein
38	Massnahmen
39	Gerichtsentscheide
40	Anzeigen an Strafverfolgungsbehörden
42	Abkürzungen

Übersicht

Die FINMA berichtet in kurzer und anonymisierter Form über Verfügungen, die sie im Rahmen ihrer Enforcementtätigkeit erlassen hat (Art. 22 Abs. 1 FINMAG). Aufnahme in diese Kasuistik fanden sämtliche Endverfügungen in der Sache, insofern das Verfahren nicht eingestellt oder abgeschrieben worden ist. Ein Anspruch auf inhaltliche Vollständigkeit besteht nicht.

Wo die FINMA aufgrund eines besonderen aufsichtsrechtlichen Bedürfnisses, namentlich zum Schutz von Marktteilnehmern oder zur Wahrung des Ansehens des Finanzplatzes Schweiz, bereits im Verlaufe des Jahres öffentlich über den Abschluss eines Enforcementverfahrens informiert hat, findet sich im Anschluss an die betreffende Zusammenfassung ein Link auf die entsprechende Medienmitteilung.

Der Übersichtlichkeit halber sind die Zusammenfassungen in die nachfolgenden thematischen Kategorien eingeteilt:

- Bewilligter Bereich (S. 5 ff.): Verfügungen zu Unternehmen und Personen, die über eine finanzmarktrechtliche Bewilligung verfügen oder die im Zeitpunkt der Rechtsverletzung bei einem Bewilligungsträger tätig waren.
- Marktaufsicht (S. 14): Verfügungen zu marktmissbräuchlichen Verhaltensweisen, unabhängig davon, ob die Parteien Bewilligungsträger sind.
- Unerlaubt tätige Finanzmarktanbieter (S. 15 ff.): Verfügungen zu Unternehmen und Personen, die auf dem Finanzmarkt eine bewilligungspflichtige Tätigkeit ausgeübt haben, ohne über die entsprechende Bewilligung zu verfügen.
- Übernahmen und Offenlegung (S. 19 ff.): Verfügungen, in denen die FINMA als Beschwerdeinstanz der Übernahmekommission entschieden hat oder welche die Offenlegung von Beteiligungen zum Thema haben.
- Internationale Amtshilfe (S. 21 ff.): Verfügungen zur Zusammenarbeit der FINMA mit ausländischen Finanzmarktaufsichtsbehörden.

Bewilligter Bereich

1

Data della decisione: 17.1.2018

Parte: Banca X

Tema: violazione degli obblighi di diligenza in materia di riciclaggio di denaro, dei requisiti dell'irreprensibilità e dell'organizzazione adeguata

Riassunto: sull'arco di diversi anni, la Banca X, nell'ambito delle sue relazioni d'affari legate alla vicenda di corruzione internazionale che ha visto coinvolte, in particolare, una compagnia petrolifera e un gruppo edilizio sudamericano, ha gravemente e ripetutamente violato gli obblighi di diligenza in materia di lotta contro il riciclaggio di denaro previsti dagli artt. 3 e segg. LRD, nonché i requisiti dell'irreprensibilità e dell'organizzazione adeguata. Il procedimento ha dimostrato che la Banca X non è stata in grado di identificare e sorvegliare i rischi superiori di riciclaggio di denaro riconducibili alla maggior parte delle relazioni e transazioni legate alla vicenda di corruzione menzionata. La Banca X ha inoltre violato l'obbligo di comunicazione all'Ufficio di comunicazione in materia di riciclaggio di denaro (MROS) in caso di sospetto fondato di riciclaggio di denaro (art. 9 LRD).

Provvedimenti: accertamento (art. 32 LFINMA); confisca di 1 330 000 CHF (art. 35 LFINMA)

Crescita in giudicato: la decisione della FINMA è cresciuta in giudicato senza ricorso.

Comunicato stampa della FINMA del 1.2.2018

2

Entscheiddatum: 19.1.2018

Partei: Effektenhändler X

Thema: Marktmanipulation, Organisations- und Gewährserfordernis

Zusammenfassung: Der Effektenhändler X hatte kurz vor Börsenschluss umfangreiche Käufe mit dem Ziel ausgeführt, den Schlusskurs eines Titels zu beeinflussen, namentlich künstlich auf einem bestimmten Niveau zu halten. Die FINMA stellte im Rahmen des durchgeführten Enforcementverfahrens fest, dass der Effektenhändler X durch sein Verhalten eine Marktmanipulation (Art. 143 Abs. 1 Bst. b FinfraG) begangen und damit aufsichtsrechtliche Bestimmungen schwer verletzt hatte. Die Untersuchungen im Zusammenhang mit der erwähnten Transaktion deckten zudem erhebliche Organisationsdefizite beim Effektenhändler X auf. Insbesondere beim Umgang mit insiderrelevanten Informationen bestand ein grobes Organisationsversagen (fehlende funktionale Trennung, mangelnde Unabhängigkeit der Compliance, Aushebelung der Kontrollmechanismen, ungenügende Dokumentation, fehlende Kontrolle bei den Mitarbeitertransaktionen etc.). Die FINMA stellte dementsprechend eine Verletzung des Organisations- und Gewährserfordernisses fest (Art. 10 Abs. 2 Bst. a und d BEHG).

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); organisatorische Massnahmen zur Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustandes (Art. 31 FINMAG)

Rechtskraft: nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren B-1048/2018

3

Entscheiddatum: 26.1.2018

Partei: Bank X

Thema: Pflichten bei der Bekämpfung der Geldwäscherei, Organisationserfordernis

Zusammenfassung: Die Bank X führte Kontbeziehungen zu Offshore-Sitzgesellschaften im Umfeld ausländischer PEP und vernachlässigte dabei über Jahre hinweg ihre Pflichten zur Bekämpfung der Geldwäscherei. Sie nahm die erforderliche Risikokategorisierung ihrer Geschäftsbeziehungen wiederholt inkorrekt oder verspätet vor. Darüber hinaus nahm die Bank ihre Abklärungspflicht nicht wahr und unterliess es, eingeholte Belege hinsichtlich ihrer Plausibilität zu hinterfragen. Ebenfalls begnügte sie sich bei Transaktionen mit erhöhten Risiken mit Belegen, aus denen der wirtschaftliche Hintergrund nicht hervorging. Dabei fielen jedoch die meisten relevanten Transaktionen und Geschäftsbeziehungen mit erhöhten Risiken sowie die gravierendsten GwG-Verletzungen auf eine erste Phase, die zur Zeit der Verfügung bereits länger zurücklag. Die FINMA sah im Ergebnis die bankengesetzlichen Anforderungen an eine angemessene Verwaltungsorganisation (Art. 3 Abs. 2 Bst. a BankG), die geldwäschereirechtlichen Sorgfaltspflichten (Art. 3 ff. GwG) sowie die Meldepflicht nach Art. 9 GwG in schwerer Weise verletzt.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); organisatorische Massnahmen zur Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustandes (Art. 31 FINMAG); Überprüfung der Umsetzung von Massnahmen durch einen Prüfbeauftragten (Art. 24a FINMAG)

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

Medienmitteilung der FINMA vom 1.2.2018

4

Entscheiddatum: 22.5.2018

Partei: Bank X

Thema: Pflichten bei der Bekämpfung der Geldwäscherei, Organisations- und Gewährserfordernis

Zusammenfassung: Die Bank X führte Kontbeziehungen mit Offshore-Sitzgesellschaften, deren wirtschaftlich Berechtigter die Person A war. Sie kategorisierte diese fälschlicherweise nicht als Geschäftsbeziehungen mit erhöhten Risiken. Eine ausländische Strafbehörde informierte die Bank X über ein Strafverfahren gegen A und dessen Inhaftierung. In der Folge nahm die Bank ihre Abklärungspflicht gemäss Art. 6 GwG nicht ausreichend wahr. Sie unterliess es insbesondere, den Verdacht auszuräumen, dass die bei ihr deponierten Vermögenswerte aus deliktischer Herkunft stammen. Sie unterliess es auch, zusätzliche Informationen einzuholen. Die FINMA sah im Ergebnis eine Verletzung der Meldepflicht nach Art. 9 GwG.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG)

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

5

Entscheiddatum: 22.5.2018

Partei: Bank X

Thema: adäquates Risikomanagement, Organisations- und Gewährserfordernis

Zusammenfassung: Daten von Schweizer Kunden der Bank X gelangten zunächst in eine ausländische Einheit der Bank X. Die Bank X verlor daraufhin die Herrschaft über diese Daten und konnte erst nach langer Zeit eruieren, welche und wie viele Kundendaten betroffen waren. Gemäss den Feststellungen der FINMA hat die Bank X auf diesen Vorfall unangemessen reagiert und ihn verspätet der FINMA gemeldet. Die FINMA sah deshalb die Meldepflicht (Art. 29 Abs. 2 FINMAG), die bankengesetzlichen Anforderungen an eine angemessene Verwaltungsorganisation (Art. 3 Abs. 2 Bst. a BankG) sowie das Gewährserfordernis (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG) in schwerer Weise verletzt.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Überprüfung der Umsetzung von Massnahmen durch einen Prüfbeauftragten (Art. 24a FINMAG)

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

6

Entscheiddatum: 12.6.2018

Partei: Bank X

Thema: Verletzung des Organisations- und Gewährserfordernisses

Zusammenfassung: Der Verwaltungsrat der Bank X verkaufte deren damaligem CEO einen Teil einer bankeigenen Beteiligung an der Gesellschaft Y. Anlässlich dieses Verkaufs und der nachfolgenden Umsetzung kam es zu Verletzungen interner Regularien. Der Verwaltungsrat kam seiner Pflicht zur Oberaufsicht über den ehemaligen CEO nicht nach und schuf dadurch zusätzliche Rechts- und Reputationsrisiken. Dies entsprach nicht einer angemessenen Verwaltungsorganisation und war mit der Gewähr für eine einwandfreie Geschäftsführung nicht vereinbar. Die Verstösse und Unterlassungen stellten in ihrer Gesamtheit eine schwere Verletzung des Aufsichtsrechts dar.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); organisatorische Massnahmen zur Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustands (Art. 31 FINMAG); Einsetzung eines Prüfbeauftragten (Art. 24a FINMAG)

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

Medienmitteilung der FINMA vom 14.6.2018

7

Entscheiddatum: 11.7.2018

Partei: Versicherung X

Thema: Verbot der Doppelfunktion im Versicherungsaufsichtsrecht

Zusammenfassung: Die Versicherung X hat bei der FINMA ein Gesuch um Erteilung einer unbefristeten Ausnahmebewilligung im Sinne von Art. 13 Abs. 3 AVO eingereicht. Praxisgemäss erteilt die FINMA jedoch nur zeitlich beschränkte Ausnahmen vom Verbot der Doppelfunktion. Die Gesuchstellerin unterliess es zudem grundsätzlich, mit ihrer Argumentation aufzuzeigen, inwiefern es sich bei ihr um einen Einzelfall bzw. um eine Ausnahmesituation handelt, welche die Anwendbarkeit von Art. 13 Abs. 3 AVO zu begründen vermag. Aus diesen Gründen wurde das Gesuch um Erteilung einer Ausnahmebewilligung vom Verbot der Doppelfunktion abgewiesen.

Massnahmen: Abweisung des Gesuchs um Erteilung einer Ausnahmebewilligung

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

8

Entscheiddatum: 13.7.2018

Parteien: Bank X und Tochtergesellschaft Y

Thema: Pflichten bei der Bekämpfung der Geldwäscherei

Zusammenfassung: Über Kontobeziehungen aus dem Umfeld eines ausländischen Staatsfonds wurden bei der Bank X über einen längeren Zeitraum bedeutende Summen transferiert. Obwohl bereits bei der Anbahnung der Geschäftsbeziehung erste Hinweise bestanden, wonach der entsprechende Kunde in Geldwäschereiaktivitäten involviert sein könnte, entschieden sich die Bank X und ihre im Trustgeschäft tätige Tochtergesellschaft, diese Geschäftsbeziehung zu führen und später sogar erheblich auszubauen, wobei die Abklärungspflichten nach Art. 6 GwG verletzt wurden. Aufgrund der mangelhaften Abklärungen verletzten die Institute nach Ansicht der FINMA auch ihre Meldepflicht: Sie erstatteten mit erheblicher Verspätung Verdachtsmeldungen an die Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) nach Art. 9 GwG. Ferner verletzte die Bank X ihre Dokumentationspflicht im Zusammenhang mit Transaktionen mit erhöhten Risiken. Die beiden Institute hatten bereits aus eigenem Antrieb zahlreiche organisatorische Massnahmen mit Bezug auf die Einhaltung der Geldwäschereibestimmungen ergriffen.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Einsetzen eines Prüfbeauftragten (Art. 24a FINMAG)

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

Medienmitteilung der FINMA vom 20.7.2018

9

Data della decisione: 24.8.2018

Parte: commerciante di valori mobiliari (in seguito: Società X)

Tema: violazione degli obblighi di diligenza in materia di riciclaggio di denaro, dei requisiti dell'irreprensibilità e dell'organizzazione adeguata

Riassunto: a seguito di indizi di gravi violazioni del diritto in materia di vigilanza, segnatamente degli obblighi derivanti dalla normativa in materia di lotta contro il riciclaggio di denaro, nonché dalla Legge sulle borse e il commercio di valori mobiliari (LBVM), nei confronti della Società X è stato avviato un procedimento di *enforcement*. Nel corso del procedimento, la Società X ha comunicato alla FINMA l'intenzione di rinunciare all'autorizzazione all'esercizio dell'attività di commerciante di valori mobiliari. La procedura è sfociata in una decisione di accertamento, nella quale la FINMA ha constatato la violazione grave di disposti legali in materia di vigilanza in pratica relativamente a tutti gli obblighi di diligenza previsti agli artt. 3 e segg. LRD, ai requisiti dell'organizzazione adeguata e della gestione dei rischi e alla garanzia di un'attività irreprensibile. La Società X ha inoltre violato l'obbligo di comunicazione all'Ufficio di comunicazione in materia di riciclaggio di denaro (MROS) in caso di sospetto fondato di riciclaggio di denaro (art. 9 LRD).

Provvedimento: accertamento (art. 32 LFINMA)

Crescita in giudicato: la decisione della FINMA è cresciuta in giudicato senza ricorso.

10

Entscheiddatum: 3.9.2018

Partei: Bank X

Thema: Pflichten bei der Bekämpfung der Geldwäscherei, Organisations- und Gewährserfordernis

Zusammenfassung: Im Zusammenhang mit verschiedenen mutmasslichen Korruptionsfällen setzte die FINMA bei der Bank X Prüfbeauftragte ein. Diese stellten im Rahmen ihrer Berichterstattung in nahezu allen Bereichen der Sorgfaltspflichten nach Art. 3 ff. GwG (Identifikation, Kategorisierung, Abklärungen bei erhöhten Risiken, Plausibilisierung, Dokumentation etc.) schwerwiegende Mängel fest. Als problematisch erwies sich dabei die eingeschränkte Übersicht der Frontorganisation und der Compliance über die Geschäftsbeziehungen der Kunden. Innerhalb der Bank war eine automatisierte Sicht, die sämtliche Rollen und Beziehungen eines Kunden ersichtlich macht, nicht in genügender Weise verfügbar. Es handelte sich dabei um einen Mangel, der im vorliegenden Fall die mit der Geldwäschereiabwehr betrauten Stellen bei der Vornahme ihrer Pflichten erheblich behinderte.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); organisatorische Massnahmen zur Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustandes (Art. 31 FINMAG); Überprüfung der Umsetzung von Massnahmen durch einen Prüfbeauftragten (Art. 24a FINMAG)

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

Medienmitteilung der FINMA vom 17.9.2018

11

Entscheiddatum: 3.9.2018

Partei: Bank X

Thema: Pflichten bei der Bekämpfung der Geldwäscherei, Organisations- und Gewährserfordernis

Zusammenfassung: Eine für das Private Banking der Bank X bedeutende Geschäftsbeziehung zu einem PEP wurde von einem Kundenberater betreut, der sich über Jahre hinweg nicht Compliance-konform verhielt und einen Sonderstatus genoss. Angesichts der Grösse, Wichtigkeit und Komplexität dieser PEP-Geschäftsbeziehung klärte die Bank X die Hintergründe zur Geschäftsbeziehung sowie zu den durchgeführten voluminösen Transaktionen mit erhöhten Risiken nicht genügend ab. Es fehlte überdies an einer entsprechenden Plausibilisierung und einer hinreichenden Dokumentation. Damit versties die Bank wiederholt gegen Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung von Geldwäscherei gemäss Art. 3 ff. GwG. Bei der Bank X bestanden zudem erhebliche Defizite hinsichtlich Verantwortlichkeiten, Überwachung und Kontrolle sowie beim Ergreifen von zielführenden Massnahmen. Damit verletzte sie das Organisations- und Gewährserfordernis schwer.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); organisatorische Massnahmen zur Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustandes (Art. 31 FINMAG); Überprüfung der Umsetzung von Massnahmen durch einen Prüfbeauftragten (Art. 24a FINMAG)

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

Medienmitteilung der FINMA vom 17.9.2018

12

Date de la décision: 5.10.2018

Partie: Personne physique A

Thème: Activité de gestion de placements collectifs

Résumé: Directeur général, administrateur et actionnaire indirect qualifié de gestionnaire de placements collectifs X SA, A a activement pris part à la mise en place d'une structure de fonds de placement dédiés qui prévoyaient la perception de frais de gestion jugés disproportionnés par rapport à l'activité de gestion effectivement réalisée par la société précitée. Ce faisant, A a amené X SA à violer son devoir de loyauté aux dépens des investisseurs (art. 20 al. 1 let. a LPCC). Personnellement responsable de cette violation du droit de la surveillance, interdiction a été faite à A d'exercer une fonction dirigeante auprès d'une société assujettie à la FINMA durant une période de trois ans dès l'entrée en force de la décision.

Mesure: Interdiction d'exercer pour une durée de trois ans (art. 33 LFINMA).

Entrée en force: Un recours est pendant par-devant le Tribunal administratif fédéral; procédure de recours TAF B-6370/2018.

13

Entscheiddatum: 9.11.2018

Partei: A (Mitarbeiter im Kader bei der Bank X)

Thema: Pflichten bei der Bekämpfung der Geldwäscherei, Organisations- und Gewährserfordernis

Zusammenfassung: Über Konten bei der Bank X wurden über Jahre hinweg Gelder in beträchtlichen Summen transferiert, die mit deutlichen Korruptions- bzw. Geldwäschereirisiken behaftet waren. Trotz klaren Warnzeichen und ohne dass die geldwäschereirechtlich notwendigen Abklärungen vorgenommen wurden, bewilligte A mehrfach und über längere Zeit die Eröffnung von neuen Konten für Kunden aus dem verfahrensgegenständlichen Kundenkreis und gab diesbezüglich unhaltbare Risikoeinschätzungen ab, welche die bestehenden Risiken und Verdachtsmomente nicht abbildeten. Die FINMA kam zum Schluss, dass A die schweren Verletzungen von Regeln zur Bekämpfung der Geldwäscherei (insbesondere Art. 6 und 9 GwG) sowie des Organisations- und Gewährserfordernisses (Art. 3 Abs. 2 Bst. a und c BankG) durch die Bank in entscheidendem Masse verantwortet und damit das Aufsichtsrecht schwer verletzt hat.

Massnahmen: Berufsverbot von drei Jahren (Art. 33 FINMAG)

Rechtskraft: nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren B-7186/2018

14

Data della decisione: 23.11.2018

Parte: Banca X

Tema: violazione degli obblighi di diligenza in materia di riciclaggio di denaro, dei requisiti dell'irreprensibilità e dell'organizzazione adeguata

Riassunto: nell'ambito delle sue relazioni d'affari legate alla vicenda di corruzione internazionale che ha visto coinvolte, in particolare, persone in seno a un'organizzazione calcistica internazionale, la Banca X ha gravemente e ripetutamente violato gli obblighi di diligenza in materia di lotta contro il riciclaggio di denaro previsti dagli artt. 3 e segg. LRD, nonché i requisiti dell'irreprensibilità e dell'organizzazione adeguata. Il procedimento ha dimostrato che la Banca X non è stata in grado di identificare e sorvegliare i rischi superiori di riciclaggio di denaro riconducibili alla maggior parte delle relazioni e transazioni legate alla vicenda di corruzione menzionata. In particolare la Banca X si è accontentata, nel corso di queste relazioni d'affari, di informazioni incomplete e non supportate dalla necessaria documentazione giustificativa, eseguendo molteplici transazioni, molte delle quali comportanti un rischio superiore, senza chiarire e plausibilizzare in maniera adeguata l'origine dei fondi, il retroscena economico delle relative operazioni e senza allestire la necessaria documentazione.

Provvedimento: accertamento (art. 32 LFINMA)

Crescita in giudicato: la decisione della FINMA è cresciuta in giudicato senza ricorso.

15

Entscheiddatum: 23.11.2018

Partei: Bank X

Thema: Pflichten bei der Bekämpfung der Geldwäscherei, Organisations- und Gewährserfordernis sowie Risikomanagement

Zusammenfassung: Der Sachverhalt betrifft die Zusammenarbeit der Bank X mit einem ihrer bedeutendsten externen Vermögensverwalter, Y. Den verschiedenen von der EVV-Beziehung zu Y ausgehenden Risikofaktoren trug die Bank weder zu Beginn noch während laufender Beziehung ausreichend Rechnung. Bei den von Y verwalteten und von der Bank X betreuten Kundenbeziehungen bzw. deren Überwachung verletzte die Bank insbesondere ihre Abklärungs- und Dokumentationspflichten bei Transaktionen mit erhöhten Risiken schwer. Auch die Verwaltungsorganisation und das Risikomanagement der Bank X erwiesen sich in verschiedenen Bereichen als unzureichend. Die FINMA kam zum Schluss, dass die Bank X die geldwäschereirechtlichen Sorgfaltspflichten sowie das Organisations- und Gewährserfordernis und die Anforderungen an das Risikomanagement schwer verletzt hat.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Massnahmen zur Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustandes (Art. 31 FINMAG); Überprüfung der Umsetzung von Massnahmen durch einen Prüfauftragten (Art. 24a FINMAG)

Rechtskraft: nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-286/2019

16

Entscheiddatum: 14.12.2018

Partei: A (Mitglied der erweiterten Geschäftsleitung)

Thema: Missstände im Kreditwesen

Zusammenfassung: Die Bank X hat über Jahre hinweg systematisch gegen grundlegende Regeln des Kreditgeschäfts verstossen, ihre Pflicht zur Einhaltung der Eigenmittel- und Risikoverteilungsvorschriften verletzt und sich mehrfach aktiv und ohne Vornahme der notwendigen Abklärungen an potenziell strafbaren Geschäften beteiligt, bei welchen Aktiengesellschaften nach einem bei Gründungsschwindeln verwendeten Muster gegründet wurden. Hintergrund und Ursache der festgestellten Missstände waren u. a. eine äusserst ungenügende Compliance sowie ungelöste Interessenkonflikte. A hatte diese schweren Aufsichtsrechtsverletzungen zu verantworten, indem er diverse schwere Verstösse begangen hatte und für die festgestellten Missstände sowie die Vernachlässigung der Compliance und die schwerwiegenden Interessenkonflikte verantwortlich gewesen war.

Massnahmen: Berufsverbot für die Dauer von fünf Jahren (Art. 33 FINMAG)

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

17

Entscheiddatum: 14.12.2018

Partei: B (Mitglied des Kaders)

Thema: Missstände im Kreditwesen

Zusammenfassung: Die Bank X hat über Jahre hinweg systematisch gegen grundlegende Regeln des Kreditgeschäfts verstossen (vgl. Fall 16), ihre Pflicht zur Einhaltung der Eigenmittel- und Risikoverteilungsvorschriften verletzt und sich mehrfach aktiv und ohne Vornahme der notwendigen Abklärungen an potenziell strafbaren Geschäften beteiligt, bei welchen Aktiengesellschaften nach einem bei Gründungsschwindeln verwendeten Muster gegründet wurden. Hintergrund und Ursache der festgestellten Missstände waren u. a. eine äusserst ungenügende Compliance sowie ungelöste Interessenkonflikte. B hatte diese schweren Aufsichtsrechtsverletzungen zu verantworten, indem er über Jahre hinweg gegen grundlegende Regeln im Kreditgeschäft verstossen und auch an den besagten Gründungen integral mitgewirkt hatte.

Massnahmen: Berufsverbot für die Dauer von fünf Jahren (Art. 33 FINMAG)

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

18

Entscheiddatum: 14.12.2018

Partei: C (Mitglied der Geschäftsleitung)

Thema: Missstände im Kreditwesen

Zusammenfassung: Die Bank X hat über Jahre hinweg systematisch gegen grundlegende Regeln des Kreditgeschäfts verstossen (vgl. Fall 16), ihre Pflicht zur Einhaltung der Eigenmittel- und Risikoverteilungsvorschriften verletzt und sich mehrfach aktiv und ohne Vornahme der notwendigen Abklärungen an potenziell strafbaren Geschäften beteiligt, bei welchen Aktiengesellschaften nach einem bei Gründungsschwindeln verwendeten Muster gegründet wurden. Hintergrund und Ursache der festgestellten Missstände waren u. a. eine äusserst ungenügende Compliance sowie ungelöste Interessenkonflikte. C hatte diese schweren Aufsichtsrechtsverletzungen zu verantworten, indem er seine Pflichten als Geschäftsleitungsmitglied schwer verletzt, eigene Kompetenzverletzungen begangen und die Vernachlässigung der Compliance sowie die ungelösten Interessenkonflikte zugelassen und auch selbst gefördert hatte.

Massnahmen: Berufsverbot für die Dauer von vier Jahren (Art. 33 FINMAG)

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

Marktaufsicht

19

Entscheiddatum: 16.3.2018

Partei: Händler A

Thema: Front-Running, Tätigkeits- und Berufsverbot
Zusammenfassung: Händler A hat in mehreren Fällen mithilfe von anstehenden grossen Kundenaufträgen gezielt Aktienkurse beeinflusst, um kurzfristig Gewinne auf dem Tradingkonto einer nahestehenden Person zu realisieren. Zu diesem Zweck hat er Informationen zu laufenden oder anstehenden Kundenaufträgen aus dem Order-Flow der Bank geteilt. Damit lagen mehrere Fälle von verbotenen Front- und Parallel-Running und damit ein grober Verstoss gegen das Börsengesetz (Art. 11 Abs. 1 BEHG) vor.

Massnahmen: Berufs- und Tätigkeitsverbot von drei Jahren (Art. 33 FINMAG; Art. 35a BEHG)

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

20

Entscheiddatum: 31.8.2018

Partei: X AG

Thema: Marktmanipulation

Zusammenfassung: Die X AG hat zwischen 2014 und 2016 jeweils am letzten Handelstag des Jahres Börsenaufträge für umfangreiche Verkäufe ihrer Aktien aus dem Eigenbestand erteilt. Damit hat sie das Ziel verfolgt, am Jahresende jeweils für einen gezielten Kursrückgang zu sorgen. Die Gesellschaft bewegte den Jahresendkurs ihrer Titel in einer Größenordnung von bis zu vier Prozent. Die FINMA stellte fest, dass die X AG mit diesem Verhalten gegen das aufsichtsrechtliche Verbot der Marktmanipulation (Art. 143 FinfraG bzw. Art. 33f BEHG) verstossen hat.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG)

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

Medienmitteilung der FINMA vom 13.9.2018

Unerlaubt tätige Finanzdienstleister

21

Entscheiddatum: 15.2.2018

Parteien: X AG, Y AG, natürliche Person A

Thema: unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen als Gruppe

Zusammenfassung: Die X AG bot über ihre Internetseite Vermögensverwaltung an und nahm in unterschiedlicher vertraglicher Ausgestaltung von mindestens 100 Anlegern insgesamt Gelder in Millionenhöhe entgegen, wozu sie auch Vermittler einsetzte. Diese Gelder wurden teilweise der Y AG als Darlehen zur Verfügung gestellt sowie teilweise in Partizipationsscheine der Y AG investiert, die eigene Anlagegeschäfte damit tätigte. Zwischen der X AG und der Y AG bestand eine enge personelle, organisatorische und wirtschaftliche Verflechtung. Die FINMA stellte fest, dass die X AG und die Y AG gemeinsam als Gruppe gewerbsmässig Publikums-einlagen entgegengenommen hatten, ohne über die notwendige Bankenbewilligung (Art. 1 Abs. 2 BankG) zu verfügen. Die FINMA stellte weiter fest, dass A aufgrund seines massgeblichen Beitrags als Geschäftsführer bzw. Verwaltungsrat der beiden Gesellschaften ebenfalls ohne Bewilligung gewerbsmässig Publikums-einlagen entgegengenommen und damit aufsichtsrechtliche Bestimmungen schwer verletzt hatte.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation und Konkursöffnung (Art. 37 FINMAG i. V. m. Art. 33 BankG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von fünf Jahren (Art. 34 FINMAG)

Rechtskraft: Eine Beschwerde gegen die Verfügung wurde vom Bundesverwaltungsgericht abgewiesen, vgl. Urteil B-1172/2018 vom 17.12.2018 (nicht rechtskräftig).

22

Entscheiddatum: 1.3.2018

Parteien: X AG in Liquidation, natürliche Personen A und B

Thema: unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen

Zusammenfassung: Die X AG in Liquidation hat von mindestens 95 Privatpersonen insgesamt Nachrangdarlehen in Millionenhöhe erhalten und dazu nebst verschiedenen Onlinemedien auch Vermittler eingesetzt. Die X AG in Liquidation hat damit gewerbsmässig Publikums-einlagen entgegengenommen, ohne über die erforderliche Bewilligung (Art. 1 Abs. 2 BankG) zu verfügen. Für die Ausübung der unterstellungspflichtigen Tätigkeit waren A als Geschäftsführerin und einzige Verwaltungsrätin und B als faktischer Geschäftsführer der X AG in Liquidation massgeblich verantwortlich. Die X AG in Liquidation kam zudem ihren Auskunftspflichten nicht nach (Art. 29 und 36 Abs. 3 FINMAG).

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A und B für die Dauer von zwei bzw. fünf Jahren (Art. 34 FINMAG)

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

23

Entscheiddatum: 1.3.2018

Parteien: X AG, natürliche Person A

Thema: unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen

Zusammenfassung: Die X AG schloss mit Anlegern mindestens 21 darlehensähnliche Anlageverträge im Umfang von über einer Million Franken. Die Verträge sahen mindestens eine Rückzahlung des eingesetzten Kapitals vor. Sie wurden als Darlehenskonstruktionen mit Einlagecharakter qualifiziert. Die X AG hat gewerbsmässig Publikumseinlagen entgegengenommen, ohne über die dafür erforderliche Bewilligung (Art. 1 Abs. 2 BankG) zu verfügen. Als alleiniger Gesellschafter und Geschäftsführer der X AG war A für die Aufsichtsrechtsverletzungen der X AG verantwortlich.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation (Art. 37 FINMAG i. V. m. Art. 23^{quinquies} Abs. 1 BankG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von einem Jahr (Art. 34 FINMAG)

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

24

Entscheiddatum: 22.3.2018

Parteien: X AG, natürliche Personen A und B

Thema: unerlaubte Emissionshaustätigkeit als Gruppe

Zusammenfassung: Die X AG hat über einen Zeitraum von mehreren Jahren hauptsächlich mittels Telefonmarketing Effekten in zweistelliger Millionenhöhe an mehr als 200 Anleger vermittelt. Sie verfügte dazu über eigene Geschäftsräumlichkeiten sowie mehrere Mitarbeiter, deren ausschliessliche Tätigkeit das Vermitteln von Effekten war. Die FINMA hat im Rahmen des von ihr eröffneten Verfahrens festgestellt, dass die X AG diese Tätigkeit im Rahmen einer Gruppe ausgeübt hat. Dabei hat die X AG einen beherrschenden Einfluss auf die im Ausland domizillierte Y AG ausgeübt, die gegenüber den Anlegern als Verkäuferin der Effekten aufgetreten ist. Die FINMA stellte fest, dass die X AG zusammen mit der Y AG sowie weiteren Gesellschaften als Gruppe eine Emissionshaustätigkeit ausgeübt hat (Art. 2 BEHG sowie Art. 3 Abs. 2 BEHV), ohne über die dafür notwendige Bewilligung zu verfügen (Art. 10 BEHG). A und B leisteten einen massgeblichen Beitrag zur unbewilligten Tätigkeit der aufsichtsrechtlichen Gruppe und haben damit aufsichtsrechtliche Bestimmungen schwer verletzt.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation (Art. 37 FINMAG i. V. m. Art. 36 BEHG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A und B für die Dauer von je fünf Jahren (Art. 34 FINMAG)

Rechtskraft: nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-2713/2018, B-2714/2018, B-2683/2018.

25

Entscheiddatum: 29.8.2018

Parteien: X AG, Y AG, Z AG, natürliche Personen A, B, C, D, E

Thema: unerlaubte Effektenhändlerstätigkeit, Liquidation, Konkurs, Unterlassungsanweisung, Publikation

Zusammenfassung: A verkaufte als Alleinaktionär der X AG mithilfe einer Vermittlerin (Y AG) in grossem Umfang erstmals Aktien der X AG an einen breiten Kreis privater Anleger. Die Anleger schlossen jedoch nicht mit A, sondern mit der Y AG einen Kaufvertrag ab und überwiesen den Kaufpreis an eine Zahlstelle (u. a. die Z AG), welche die Gelder danach verdeckt an A sowie B weiterleitete. Die Z AG ihrerseits nahm nicht nur die Aufgabe als Zahlstelle für A wahr, sondern wickelte überwiegend Verkäufe von Aktien einer Schweizer Emittentin (W AG) für eine ausländische Briefkastenfirma ab. Diese war C zuzurechnen, der mit diesem Geschäft Erträge in Millionenhöhe erwirtschaftete. Die Mitarbeiter der Z AG, die unter der Aufsicht von Verwaltungsrat D und Compliance Officer E standen und Anweisungen von C entgegennahmen, stellten nicht nur den Anlegersupport sicher, sondern unterzeichneten im Namen der Briefkastenfirma von C auch Anlegerverträge.

Den angeworbenen Anlegern wurden rasche Kursgewinne sowie die leichte Handelbarkeit ihrer Aktien vorgespiegelt. Aufgrund des arbeitsteiligen Vorgehens sowie der engen personellen und wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den beteiligten Gesellschaften und Personen ging die FINMA in beiden Sachverhaltskonstellationen (Verkauf der Aktien der X AG sowie Verkauf der Aktien der W AG) von einer unterstellungspflichtigen Emissionshaustätigkeit im Rahmen einer Gruppe aus.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation und Konkursöffnung gegen die Z AG (Art. 37 FINMAG i. V. m. Art. 36 f. BEHG und Art. 33 Abs. 1 BankG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A, B und C für die Dauer von fünf Jahren sowie gegen D und E für die Dauer von drei Jahren (Art. 34 FINMAG)

Rechtskraft: Die Verfügung wurde von der X AG, A, B, C, D und E angefochten; Beschwerdeverfahren BVGer B-5540/2018, B-5660/2018, B-5736/2018, B-5793/2018.

26

Entscheiddatum: 1.11.2018

Parteien: X AG in Liquidation, natürliche Personen A und B

Thema: unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen / Verletzung der Auskunftspflicht

Zusammenfassung: Die X AG hat von mindestens neun Investoren Gelder entgegengenommen. Um Renditen für diese Investoren erzielen zu können, sind diese Gelder teilweise auf verschiedenen Handelsplattformen investiert worden. Den Investoren wurde die Rückzahlung ihrer Gelder zugesichert. Zusätzlich wurde ihnen ein Anteil an den Überschüssen, welche die Gesellschaft mit ihren Aktivitäten zu erzielen beabsichtigte, in Aussicht gestellt. Bei den entgegengenommenen Geldern hat es sich um Publikumseinlagen gehandelt. Die X AG hat mindestens einen Vermittler eingesetzt, womit die Tätigkeit gewerbsmässig erfolgt ist. Die X AG hat somit gewerbsmässig Publikumseinlagen entgegengenommen, ohne über die dafür erforderliche Bewilligung (Art. 1 Abs. 2 BankG) zu verfügen. Zudem hat sie ihre Auskunftspflicht im Sinne von Art. 29 Abs. 1 FINMAG verletzt. Für die Aufsichtsrechtsverletzungen der X AG war der Generalbevollmächtigte A hauptsächlich verantwortlich.

Massnahmen: Feststellung (Art. 32 FINMAG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von zwei Jahren (Art. 34 FINMAG)

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

27

Date de la décision: 22.11.2018

Partie: X SA

Thème: Obligation de renseigner et d'annoncer à la FINMA

Résumé: Durant une période de plusieurs mois et jusqu'en janvier 2018, la FINMA n'était pas en mesure d'établir l'activité exercée par X SA et partant de déterminer la nécessité d'un éventuel assujettissement à la loi sur le blanchiment d'argent en raison des informations incomplètes et contradictoires que X SA lui fournissait. Elle indiquait notamment devoir s'affilier auprès d'un OAR, mais ne transmettait pas à la FINMA de requête d'affiliation. Dès janvier 2018, X SA a adopté une position différente et a informé de manière détaillée la FINMA sur ses activités. Elle a été admise comme membre d'un OAR en février 2018. La FINMA a constaté que le comportement de X SA était constitutif d'une violation grave de l'obligation de renseigner et d'annoncer (art. 29 LFINMA).

Mesure: Décision en constatation (art. 32 LFINMA)

Entrée en force: La décision est entrée en force sans faire l'objet d'un recours.

Übernahme und Offenlegung

28

Entscheiddatum: 27.3.2018

Parteien: X Ltd. und natürliche Person Q

Thema: Beschwerde gegen eine Verfügung der Übernahmekommission; Stimmrechtssuspendierung (Art. 135 Abs. 5 Bst. a FinfraG)

Zusammenfassung: Mit Verfügung 672/01 vom 26. Januar 2018 hatte die UEK (Vorinstanz) A, B, C, den U Fund und die V Ltd. als in gemeinsamer Absprache handelnde Gruppe zur Unterbreitung eines öffentlichen Angebots für alle kotierten Beteiligungspapiere der Y Ltd. verpflichtet (Art. 135 FinfraG). Die UEK hatte der Gruppe zur Unterbreitung des öffentlichen Angebots eine Frist von zwei Monaten gewährt und den Mindestpreis auf 8.70 Franken pro Aktie festgelegt. Bis zur Erfüllung der Angebotspflicht hatte die UEK ein Zukaufverbot verfügt. Die von den Beschwerdeführern beantragte Suspendierung der Stimmrechte der Angebotspflichtigen hatte die UEK abgelehnt. Mit Eingabe vom 2. Februar 2018 reichten die X Ltd. und Q bei der FINMA Beschwerde gegen die von der UEK abgewiesene Stimmrechtssuspendierung ein.

Da die Beschwerdegegner die ihnen von der UEK auferlegte Angebotspflicht nicht angefochten und damit akzeptierten und sich im Beschwerdeverfahren willens zeigten, ihrer Angebotspflicht nachzukommen, gelangte die FINMA zum Schluss, dass im Verfügungszeitpunkt keine hinreichenden Anhaltspunkte dafür vorlagen, dass die Beschwerdegegner ihrer Angebotspflicht nicht nachkommen würden, weshalb es an der Grundvoraussetzung für eine Suspendierung der Stimmrechte der Beschwerdegegner nach Art. 135 Abs. 5 Bst. a FinfraG fehlte.

Ausgang des Verfahrens: Abweisung der Beschwerde

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

Meldung der FINMA vom 28.3.2018

29

Date de la décision: 13.7.2018

Parties: X Inc., Y Holding Ltd.

Thème: Publicité des participations (art. 120 LIMF), allègements à l'obligation de déclarer (art. 123 al. 2 LIMF), respect de l'obligation de déclarer pour les participations détenues par des placements collectifs de capitaux étrangers non autorisés à la distribution en Suisse (art. 18 al. 4 OIMF-FINMA)

Résumé: La société requérante X Inc. avait demandé auprès de l'IPP d'une bourse suisse à ce que l'obligation de déclarer les participations détenues par des placements collectifs de capitaux ne soit pas remplie par Y Holding Ltd., soit la société mère du groupe qui la domine, mais qu'elle puisse elle-même y satisfaire. Dans sa recommandation, l'IPP ne l'a pas suivie, lui accordant cependant certains allègements. La société X Inc. a rejeté cette recommandation, tant que celle-ci ne concernait pas les allègements octroyés et la FINMA a subséquemment ouvert une procédure. Si la FINMA entend statuer elle-même sur un cas ou si la requérante rejette une recommandation (art. 28 al. 4 OIMF-FINMA), la recommandation de l'IPP devient caduque. Cela vaut également en cas de rejet partiel, raison pour laquelle les allègements octroyés par l'IPP tombent également. Sur demande, la FINMA les a cependant maintenus au titre de mesure provisionnelle. Dans la cause principale, la FINMA a décidé que la société Y Holding Ltd. était soumise à l'obligation de déclarer selon l'art. 18 al. 4 OIMF-FINMA. Elle a cependant octroyé plusieurs allègements. D'une part, les participations qui auraient dû être déclarées selon l'art. 18 al. 4 OIMF-FINMA par Y Holding Ltd.

19

pouvaient l'être par X Inc. La FINMA a en l'espèce tenu compte d'une déclaration d'indépendance concernant X Inc. D'autre part, elle a octroyé un allègement concernant les sociétés qui dépendent de Y Holding Ltd. et qui ne doivent pas être nommées dans chaque déclaration, cette information devant cependant être accessible d'une autre manière.

Issue de la procédure : Octroi d'un allègement (art. 123 al. 2 LIMF)

Entrée en force : Un recours est pendu devant le Tribunal administratif fédéral ; procédure de recours TAF B-5291/2018

30

Entscheiddatum: 23.11.2018

Parteien: A, B, C, U Fund, V Ltd.

Thema: Beschwerde gegen eine Verfügung der Übernahmekommission; Verlängerung der Frist zur Unterbreitung eines Pflichtangebots (Art. 39 Abs. 2 FinfraV-FINMA); Stimmrechtssuspendierung (Art. 135 Abs. 5 Bst. a FinfraG)

Zusammenfassung: Mit Verfügung 672/01 vom 26. Januar 2018 hatte die UEK (Vorinstanz) A, B, C, den U Fund und die V Ltd. als in gemeinsamer Absprache handelnde Gruppe zur Unterbreitung eines öffentlichen Angebots für alle kotierten Beteiligungspapiere der Y Ltd. verpflichtet (Art. 135 FinfraG, vgl. Fall 28). In der Folge gewährte die UEK A, B, C, dem U Fund und der V Ltd. auf deren Antrag zwei Fristerstreckungen für die Unterbreitung des Pflichtangebots. Das dritte Fristerstreckungsgesuch wies die UEK mit Verfügung 672/04 vom 1. September 2018 indes ab und verfügte gleichzeitig die Suspendierung der Stimmrechte der Angebotspflichtigen. Gegen diese Verfügung erhoben A, B, C, der U Fund und die V Ltd. mit Eingaben vom 7. September 2018 Beschwerde bei der FINMA.

Die FINMA erwog, dass eine zeitnahe Unterbreitung des Pflichtangebots nicht glaubhaft gemacht worden sei und die von den Beschwerdeführern behaupteten Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Pflichtangebots im vorliegenden Fall keine weitere Fristerstreckung rechtfertigten (Art. 39 Abs. 2 FinfraV-FINMA). Mit Bezug auf die Stimmrechtssuspendierung bejahte die FINMA die Voraussetzungen für deren Anordnung und stellte unter anderem klar, dass eine solche auch nach rechtskräftiger Feststellung der Angebotspflicht angeordnet werden kann (Art. 135 Abs. 5 Bst. a FinfraG).

Ausgang des Verfahrens: Abweisung der Beschwerde

Rechtskraft: nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-6879/2018, B-6887/2018

Meldung der FINMA vom 24.11.2018

Internationale Amtshilfe

31

Entscheiddatum: 19.1.2018

Zusammenfassung: Die deutsche Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) ersuchte die FINMA um internationale Amtshilfe wegen Verdachts auf Marktmanipulation im Zusammenhang mit dem Handel von Zertifikaten der X AG. Die BaFin hatte Börsengeschäfte ermittelt, welchen möglicherweise kein Wechsel des wirtschaftlichen Eigentums zugrunde lag. Auch seien Handelsteilnehmer festgestellt worden, die sich im vorliegend recht illiquiden Handel besonders häufig gegenüberstanden. Die BaFin ersuchte für diejenigen Konten, über die nach ihren Erkenntnissen verdächtige Transaktionen getätigt worden waren, um Angabe u. a. der Identität der Kontoinhaber, um Konto- und Depoteröffnungsunterlagen und um die relevanten Auftrags- und Abrechnungsbelege. Die vom Amtshilfesuch der BaFin betroffenen Kontoinhaber wehrten sich gegen die Übermittlung der sie betreffenden Kontounterlagen, indem sie u. a. vorbrachten, dass die BaFin unbegründete Behauptungen vorbringe. Die FINMA wies diese Argumente zurück und bejahte die Zulässigkeit der Amtshilfe. Sie wies darauf hin, dass sie nicht – auch nicht vorfrageweise – eine materiell-rechtliche Beurteilung des Falles nach deutschem Recht vorzunehmen habe. Der von der BaFin dargestellte Sachverhalt enthalte genügend Indizien, um einen ausreichenden Anfangsverdacht auf eine Marktmanipulation zu begründen.

Rechtskraft: Eine gegen die Verfügung erhobene Beschwerde wurde vom Bundesverwaltungsgericht abgewiesen, vgl. Urteil B-794/2018 vom 4.7.2018 (letztinstanzlich).

32

Data della decisione: 7.3.2018

Tema: violazione dell'obbligo di collaborare

Riassunto: la Commissione nazionale per le società e la Borsa italiana (CONSOB) conduce un'indagine per verificare il sospetto di prestazioni abusive di servizi di investimento da parte dell'intermediario finanziario X. La CONSOB adduce che le è stata segnalata la condotta sospetta sul territorio italiano di un intermediario finanziario, che ha stipulato con l'intermediario finanziario X un contratto di «segnalazioni di pregi». L'intermediario finanziario X, membro dell'Organismo di Autodisciplina dei Fiduciari del Cantone Ticino, non risulta iscritto all'albo delle imprese di investimento extracomunitarie abilitate ad operare in Italia. Nell'ambito dell'istanza di edizione della FINMA per ottenere le informazioni e i documenti sollecitati dalla CONSOB, l'intermediario finanziario X si è rifiutato di fornire una parte delle informazioni richieste, invocando la violazione del principio di proporzionalità (art. 42 cpv. 4 LFINMA) e l'obbligo del segreto ai sensi dell'art. 162 CP e della LPD. La FINMA ha emanato una decisione di edizione, concernente unicamente il dovere del detentore di trasmettere alla FINMA le informazioni e i documenti necessari all'adempimento dei suoi compiti ai sensi dell'art. 42a cpv. 1 LFINMA, applicabile anche alle entità non soggette ad autorizzazione. La FINMA ha indicato che il principio di proporzionalità è rispettato, che l'art. 42a cpv. 1 LFINMA permette di derogare, nell'ambito dell'assistenza amministrativa internazionale, all'art. 162 CP e, infine, che, secondo la giurisprudenza, gli artt. 42 e segg. LFINMA contengono una regolamentazione propria e specifica relativa alla protezione dei dati e prevalgono sulla LPD.

Crescita in giudicato: la decisione della FINMA è cresciuta in giudicato. Il ricorso è stato dichiarato inammissibile dal Tribunale amministrativo federale; procedura B-2293/2018 (ultima istanza).

33

Entscheiddatum: 9.5.2018

Zusammenfassung: Im Zusammenhang mit einem Amtshilfesuch der United States Securities and Exchange Commission (SEC) wegen vermuteten Insiderhandels kam die FINMA entgegen den Vorbringen des betroffenen Kunden zum Schluss, dass die Voraussetzungen zur Leistung von internationaler Amtshilfe erfüllt seien. Mit Blick auf die bundesverwaltungsgerichtliche Rechtsprechung zu Art. 42 f. FINMAG bejahte sie namentlich das Vorliegen eines genügenden Anfangsverdachts und die Einhaltung des Vertraulichkeitsprinzips. Ebenso kam die FINMA zum Schluss, dass das rechtliche Gehör rechtsgenügend gewährt worden sei. Entsprechend verfügte sie die Übermittlung der ersuchten Informationen und Dokumente an die SEC.

Rechtskraft: Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

34

Date de la décision: 30.5.2018

Résumé: L'enquête de l'Autorité des marchés financiers (AMF) Québec porte sur un possible délit d'initié impliquant un groupe d'individus qui aurait réalisé un nombre significatif de transactions portant sur les titres de sociétés liées à des fusions et/ou acquisitions impliquant parfois la société A. L'ancien directeur général de la société A aurait communiqué ces informations au groupe, lequel aurait également mis en place un système de paiement de commissions (*kickback*) permettant de rémunérer les individus qui transmettaient l'information aux autres membres du groupe. Pour une relation bancaire identifiée en Suisse, l'AMF Québec souhaite connaître l'identité des bénéficiaires économiques du compte sur lequel les transactions suspectes ont été réalisées. L'édition de documents bancaires a permis d'identifier le titulaire d'un compte et de relever qu'il s'agissait de X SA. Celle-ci s'est opposée à la transmission à l'AMF Québec d'informations et de documents la concernant. En particulier, l'autorité requérante ne respecterait pas les principes de confidentialité et de spécialité découlant de l'art. 42 al. 2 LFINMA en raison d'importants dysfonctionnements imputables à l'AMF Québec. Le principe de proportionnalité de l'art. 42 al. 4 ne serait pas non plus respecté. L'enquête d'entraide administrative internationale devrait en outre être suspendue. Par ailleurs, la partie a sollicité un droit d'accès selon l'art. 8 LPD. La FINMA a procédé à la notification d'une décision formelle à

X SA, exposant que l'entraide pouvait être accordée à l'AMF Québec dans la mesure où elle satisfaisait pleinement aux exigences de confidentialité et de spécialité découlant de l'art. 42 al. 2 LFINMA au vu des garanties données. Le principe de proportionnalité est en outre également garanti. Enfin, la FINMA a estimé que les conditions formelles n'étant pas remplies, il n'y avait pas lieu d'accorder un droit d'accès selon l'art. 8 LPD.

Entrée en force: Recours admis par le Tribunal administratif fédéral ; procédure de recours B-3450/2018 (dernière instance).

35

Date de la décision: 30.5.2018

Résumé: L'enquête de l'Autorité des marchés financiers (AMF) Québec porte sur un possible délit d'initié impliquant un groupe d'individus qui aurait réalisé un nombre significatif de transactions portant sur les titres de sociétés liées à des fusions et/ou acquisitions impliquant parfois la société A. L'ancien directeur général de la société A aurait communiqué ces informations au groupe, lequel aurait également mis en place un système de paiement de commissions (*kickback*) permettant de rémunérer les individus qui transmettaient l'information aux autres membres du groupe. Pour deux relations bancaires identifiées en Suisse, l'AMF Québec souhaite connaître l'identité des bénéficiaires économiques des comptes sur lesquels les transactions suspectes ont été réalisées. L'édition de documents bancaires a permis d'identifier les titulaires des comptes et de relever qu'il s'agissait de X et Y SA. Celles-ci se sont opposées à la transmission à l'AMF Québec d'informations et de documents les concernant. En particulier, l'autorité requérante ne respecterait pas les principes de confidentialité et de spécialité découlant de l'art. 42 al. 2 LFINMA en raison d'importants dysfonctionnements imputables à l'AMF Québec. Le principe de proportionnalité de l'art. 42 al. 4 ne serait pas non plus respecté. L'enquête d'entraide administrative internationale devrait en outre être suspendue. La FINMA a procédé à la notification d'une décision formelle à X et Y SA, exposant que l'entraide pouvait être accordée à l'AMF Québec dans la mesure où elle satisfaisait pleinement aux exigences de confidentialité et de spécialité découlant de l'art. 42 al. 2 LFINMA au vu des garanties données. Le principe de proportionnalité est en outre également garanti.

Entrée en force: Recours admis par le Tribunal administratif fédéral ; procédures de recours B-3495/2018 et B-3496/2018 (dernière instance).

36**Entscheiddatum:** 14.6.2018

Zusammenfassung: Die United States Securities and Exchange Commission (SEC) ersuchte die FINMA um internationale Amtshilfe wegen Verdachts auf Verstoss gegen Bewilligungs- und Registrierungspflichten sowie weitere Normen der amerikanischen Wertpapierrechtsgesetzgebung im Zusammenhang mit dem Verkauf von sogenannten binären Optionen durch die in den USA nicht registrierte X Ltd. an amerikanische Investoren. Dabei hätten die Verantwortlichen über die X Ltd. Gelder entgegengenommen und auf Schweizer Konten der Y Ltd. und Z Ltd. weitergeleitet. Die SEC ersuchte deshalb um Kontoeröffnungsunterlagen, periodische Kontoauszüge und Angaben zu Transaktionsdetails der vorgenannten Konten, um die Verantwortlichen zu ermitteln und die Vermögenswerte der Anleger ausfindig zu machen. Neben den Inhaberinnen der Konten verlangte auch deren wirtschaftlich Berechtigter A eine anfechtbare Verfügung. In prozessualer Hinsicht verneinte die FINMA die Parteistellung von A und trat nicht auf seinen Antrag auf Teilnahme am Verfahren ein, während sie für die X Ltd. und die Y Ltd. die Verfahren vereinigte. In materieller Hinsicht kam die FINMA zum Schluss, das Amtshilfesuch der SEC stütze sich auf einen genügenden Anfangsverdacht und sei verhältnismässig. Mit Bezugnahme auf die Rechtsprechung verneinte die FINMA insbesondere die beantragte Schwärzung von Drittpersonen in den Kontounterlagen. Schliesslich erachtete sie die Einhaltung der Prinzipien der Vertraulichkeit und Spezialität durch die SEC als gewährleistet.

Rechtskraft: Eine gegen die Verfügung erhobene Beschwerde wurde vom Bundesverwaltungsgericht abgewiesen, vgl. Urteil B-3705/2018 vom 4.10.2018 (letztinstanzlich).

37**Data della decisione:** 25.10.2018**Tema:** violazione dell'obbligo di collaborare

Riassunto: la Commissione nazionale per le società e la borsa italiana (CONSOB) conduce un'indagine per verificare il sospetto di prestazioni abusive di servizi di investimento da parte dell'intermediario finanziario X. La CONSOB adduce che le è stata segnalata la condotta sospetta sul territorio italiano di un intermediario finanziario, che ha stipulato con l'intermediario finanziario X un contratto di «segnalazioni di pregi». L'intermediario finanziario X, membro dell'Organismo di Autodisciplina dei Fiduciari del Cantone Ticino, non risulta iscritto all'albo delle imprese di investimento extracomunitarie abilitate ad operare in Italia. Nell'ambito dell'istanza di edizione della FINMA per ottenere le informazioni e i documenti sollecitati dalla CONSOB, l'intermediario finanziario X si è rifiutato di fornire una parte delle informazioni richieste, invocando la violazione del principio di proporzionalità (art. 42 cpv. 4 LFINMA) e l'obbligo di riservatezza in ossequio alla normativa fiscale applicabile in materia. La FINMA ha emanato una decisione di edizione, concernente unicamente il dovere del detentore di trasmettere alla FINMA le informazioni e i documenti necessari all'adempimento dei suoi compiti ai sensi dell'art. 42a cpv. 1 LFINMA, applicabile anche alle entità non soggette ad autorizzazione, indicando che il principio di proporzionalità è rispettato.

Crescita in giudicato: procedura di ricorso pendente davanti al Tribunale amministrativo federale; procedura TAF B-6371/2018.

38

Date de la décision : 22.11.2018

Résumé : The Panel on Takeovers and Mergers (Royaume-Uni) (ci-après : Takeover Panel) a sollicité l'assistance administrative internationale de la FINMA en relation avec le titre de la société X dans le cadre d'une enquête menée relativement à une potentielle violation de l'obligation de présenter une offre publique d'achat. Certains actionnaires de X auraient agi de concert dans le but de remplacer les membres élus au conseil d'administration par des personnes de leur choix, afin de consolider le contrôle de fait qu'ils exercent sur la société, en franchissant ensemble la limite de 30% fixée à l'art. 9.1 du « City Code on Takeovers and Mergers » sans présenter une offre publique d'achat aux actionnaires restants. Le Takeover Panel souhaite connaître pour la relation bancaire identifiée de l'un des actionnaires, soit la société Y Ltd., l'identité du bénéficiaire économique et la personne qui contrôle les actions de la société X détenus par Y Ltd. Cette dernière s'est opposée à la transmission des informations et documents la concernant au Takeover Panel. Elle avance une constatation inexacte des faits pertinents, la violation du droit d'être entendu (art. 29 PA), des principes de spécialité et de confidentialité (art. 42 al. 2 LFINMA) ainsi que celle du principe de proportionnalité (art. 42 al. 4 LFINMA). La FINMA a procédé à la notification d'une décision formelle à Y Ltd. de laquelle il ressort que l'entraide peut être accordée au Takeover Panel car cette autorité satisfait pleinement aux exigences de spécialité et de confidentialité. En outre, la requête d'entraide ne contient pas de faits manifestement inexacts, le droit d'être entendu de la partie a été pleinement respecté et le principe de proportionnalité est garanti. Finalement, la bénéficiaire économique et les signataires autorisés du compte ne peuvent pas revêtir la qualité de tiers non impliqués.

Entrée en force : Un recours est pendant par-devant le Tribunal administratif fédéral ; procédure de recours B-6888/2018.

Übersicht

Eine Verfügung der FINMA kann mit Beschwerde ans Bundesverwaltungsgericht weitergezogen werden. Grundsätzlich ist gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts die Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten ans Bundesgericht zulässig. Eine Ausnahme gilt für Verfügungen in der internationalen Amtshilfe und bei Entscheidungen der FINMA über öffentliche Kaufangebote: Hier entscheidet das Bundesverwaltungsgericht in letzter Instanz.

Es folgt eine Auflistung der Gerichtsentscheide aus dem Jahr 2018, die in den Zuständigkeitsbereich des FINMA-Enforcements fallen. Zur besseren Übersicht ist die Liste nach Kategorien gegliedert, wobei unterschieden wird zwischen Urteilen im bewilligten Bereich (einschliesslich der Marktaufsichtsfälle, S. 27 f.), Urteilen zu unerlaubt tätigen Finanzmarktanbietern (S. 28 f.) und Urteilen zur internationalen Amtshilfe (S. 30 f.). Mittels der Urteilsnummern können die Entscheide in den Datenbanken der Gerichte aufgerufen werden.

Bewilligter Bereich und Marktaufsicht

Urteile des Bundesgerichts

Urteil 2C_138/2017 vom 4.1.2018 (Urteil BVGer B-6958/2015 vom 19.12.2016) / Aufnahme in das Register für Versicherungsvermittler: Abweisung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 12**)

Urteil 2C_929/2017 vom 23.4.2018 (Urteil BVGer B-5772/2015 vom 20.9.2017) / Schwere Verletzungen von aufsichtsrechtlichen Bestimmungen, Berufsverbot für die Dauer von einem Jahr: Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 9**)

Urteil 2C_387/2018 vom 18.12.2018 (Urteil BVGer B-5595/2016 vom 14.3.2018) / Zusätzliche Eigenmittel nach Art. 45 Bst. b i. V. m. Art. 130b Eigenmittelverordnung: Gutheissung der Beschwerde, Aufhebung des BVGer-Urteils vom 14.3.2018 und Rückweisung zu neuem Entscheid an die FINMA

Urteile des Bundesverwaltungsgerichts

Abschreibungsentscheid BVGer B-6099/2017 vom 7.3.2018 (rechtskräftig) / Organisationserfordernis und Gewähr für einwandfreie Geschäftstätigkeit (siehe Enforcementbericht **2017, Fall 8**)

Urteil BVGer B-5595/2016 vom 14.3.2018 (angefochten; vgl. Beschwerdeverfahren BGer 2C_387/2018) / Zusätzliche Eigenmittel nach Art. 45 Bst. b i. V. m. Art. 130b Eigenmittelverordnung: Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten

Urteil BVGer B-6952/2016 vom 3.4.2018 (angefochten; Beschwerdeverfahren BGer 2C_422/2018) / Verletzung von Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung der Geldwäscherei, Organisations- und Gewährserfordernis: Gutheissung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2016, Fall 13**)

Arrêt du TAF B-7409/2016 du 3.4.2018 (entré en force) / Frais de la procédure d'*enforcement*: le recours est rejeté

Urteil BVGer B-6225/2016 vom 17.4.2018 (angefochten; Beschwerdeverfahren BGer 2C_488/2018) / Bewilligung der Tätigkeit als Finanzintermediär und Feststellung betreffend unterstellungspflichtige Tätigkeit gemäss Geldwäschereigesetz: Abweisung der Beschwerde

Urteil BVGer B-3092/2016 vom 25.4.2018 (rechtskräftig) / Berufsverbot: Gutheissung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 10**)

Urteil BVGer B-626/2016 vom 11.6.2018 (rechtskräftig) / Berufsverbot: teilweise Gutheissung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 21**)

Urteil BVGer B-685/2016 vom 11.6.2018 (rechtskräftig) / Berufsverbot: Gutheissung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 21**)

Urteil BVGer B-642/2016 vom 11.6.2018 (rechtskräftig) / Berufsverbot: Gutheissung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 22**)

Urteil BVGer B-635/2016 vom 11.6.2018 (rechtskräftig) / Berufsverbot: Gutheissung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 19**)

Urteil BVGer B-688/2016 vom 11.6.2018 (rechtskräftig) / Berufsverbot: Gutheissung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 18**)

Urteil BVGer B-686/2016 vom 11.6.2018 (rechtskräftig) / Berufsverbot: Gutheissung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 20**)

Abschreibungsentscheid BVGer B-1862/2016 vom 19.6.2018 (rechtskräftig) / Verletzung der Eigenmittelvorschriften, Liquidation (siehe Enforcementbericht **2016, Fall 3**)

Urteil BVGer B-4763/2017 vom 29.6.2018 (rechtskräftig) / Ausnützen von Insiderinformationen, Einziehung: teilweise Gutheissung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2017, Fall 16**)

Arrêt du TAF B-645/2016 du 17.9.2018 (entré en force) / Violation du droit de la surveillance (gestion des risques et violation des prescriptions comptables) : le recours est partiellement admis (cf. rapport sur l'enforcement **2016, cas 15**)

Unerlaubt tätige Finanzdienstleister

Urteile des Bundesgerichts

Urteil 2C_860/2017 vom 5.3.2018 (Urteil BVGer B-3729/2015 vom 25.8.2017) / Unbewilligte Entgegennahme von Publikumseinlagen, Liquidation und Konkurs, Unterlassungsanweisung und Publikation: Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten (Enforcementbericht **2015, Fall 31**)

Urteil 2C_858/2017 vom 15.3.2018 (Urteil BVGer B-3380/2015 vom 21.8.2017) / Konkursöffnung: Abweisung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 25**)

Urteil 2C_359/2017 und 2C_360/2017 vom 23.3.2018 (Urteile BVGer B-6648/2015 und B-6651/2015 vom 17.3.2017) / Fristerstreckung, Freigabe von Mitteln: Nichteintreten

Urteil 2C_412/2018 vom 11.5.2018 (Urteil BVGer B-1561/2016, B-4177/2016 vom 21.3.2018) / Unerlaubte Emissionshaustätigkeit, Androhung der Liquidation, Unterlassungsanweisung, vorsorgliche Massnahmen (Einsetzung eines Untersuchungsbeauftragten, Kontosperrungen): Nichteintreten auf die Beschwerde der FINMA (siehe Enforcementbericht **2016, Fall 18**)

Urteil 2C_428/2017 vom 26.6.2018 (Urteil BVGer B-222/2016 vom 21.4.2017) / Unerlaubte Tätigkeit als Effektenhändler, Liquidation, Unterlassungsanweisung, Publikation: Abweisung der Beschwerde

Urteil 2C_1068/2017 und 2C_1070/2017 vom 9.10.2018 (Urteile BVGer B-5712/2015 und B-6430/2015 vom 10.11.2017) / Emissionshaustätigkeit, Betrieb einer kollektiven Kapitalanlage, Konkurs, Unterlassungsanweisung, Publikation: Gutheissung (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 35**)

Urteil 2C_971/2018 vom 30.10.2018 (Urteil BVGer B-4481/2018 vom 25.9.2018) / Superprovisorische Massnahmen (Einsetzen eines Untersuchungsbeauftragten, Sperrung von Bankkonten): Nichteintreten

Urteile des Bundesverwaltungsgerichts

Urteil BVGer B-1561/2016 und B-4177/2016 vom 21.3.2018 (angefochten; vgl. Beschwerdeverfahren BGer 2C_412/2018) / Unerlaubte Emissionshaustätigkeit, Anordnung der Liquidation, Unterlassungsanweisung, vorsorgliche Massnahmen (Einsetzung eines Untersuchungsbeauftragten, Kontosperrern): teilweise Gutheissung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2016, Fall 18**)

Urteil BVGer B-5274/2015 vom 22.5.2018 (rechtskräftig) / Unbewilligte Emissionshaustätigkeit, Unterlassungsanweisung: Abweisung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 33**)

Urteil BVGer B-5657/2016 und B-5415/2016 vom 5.6.2018 (rechtskräftig) / Unerlaubte Effektenhändlerstätigkeit, unerlaubter Betrieb einer kollektiven Kapitalanlage, Unterlassungsanweisung, Publikation: Abweisung der Beschwerden, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2016, Fall 22**)

Urteil BVGer B-6423/2017 vom 4.7.2018 (rechtskräftig) / Verfahrenskosten (Entgegennahme von Publikumseinlagen): Nichteintreten auf Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 31**)

Urteil BVGer B-1568/2017 vom 23.7.2018 (rechtskräftig) / Unerlaubte Entgegennahme von Publikumseinlagen, Unterlassungsanweisung, vorinstanzliche Verfahrenskosten: teilweise Gutheissung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2017, Fall 17**)

Abschreibungsentscheid BVGer B-4481/2018 vom 25.9.2018 (angefochten; vgl. Beschwerdeverfahren BGer 2C_971/2018) / Superprovisorische Massnahmen (Einsetzung eines Untersuchungsbeauftragten, Sperrung von Bankkonten)

Urteil BVGer B-5688/2016 vom 6.11.2018 (rechtskräftig) / Unerlaubte Effektenhändlerstätigkeit, unerlaubter Betrieb einer kollektiven Kapitalanlage, Liquidation, Konkurs, Unterlassungsanweisung, Androhung der Liquidation, Publikation: teilweise Gutheissung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2016, Fall 22**)

Urteil BVGer B-5826/2018 vom 27.11.2018 (rechtskräftig) / Superprovisorische Massnahmen (Einsetzung eines Untersuchungsbeauftragten, Sperrung von Bankkonten): Nichteintreten auf Beschwerde

Urteil BVGer B-5737/2017 vom 28.11.2018 (angefochten; vgl. Beschwerdeverfahren BGer 2C_92/2019) / Unerlaubte Entgegennahme von Publikumseinlagen, Unterlassungsanweisung, Publikation: Abweisung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2017, Fall 28**)

Urteil BVGer B-1172/2018 vom 17.12.2018 (angefochten; vgl. Beschwerdeverfahren BGer 2C_136/2019) / Unerlaubte Entgegennahme von Publikumseinlagen, Liquidation und Konkurs, Unterlassungsanweisung und Veröffentlichung: Abweisung der Beschwerde (**Fall 21**)

Internationale Amtshilfe

Urteile des Bundesverwaltungsgerichts

Arrêt du TAF B-6922/2017 du 26.4.2018 / AMF France / Entraide administrative internationale: le recours est rejeté (cf. rapport sur l'*enforcement* **2017**, **cas 40**)

Sentenza TAF B-2293/2018 del 7.5.2018 / CONSOB / Assistenza amministrativa internazionale: ricorso inammissibile (**caso 32**)

Urteil BVGer B-794/2018 vom 4.7.2018 / BaFin / Internationale Amtshilfe: Abweisung der Beschwerde (**Fall 31**)

Arrêt du TAF B-3450/2018 du 24.8.2018 / AMF Québec / Entraide administrative internationale: le recours est admis (**cas 34**)

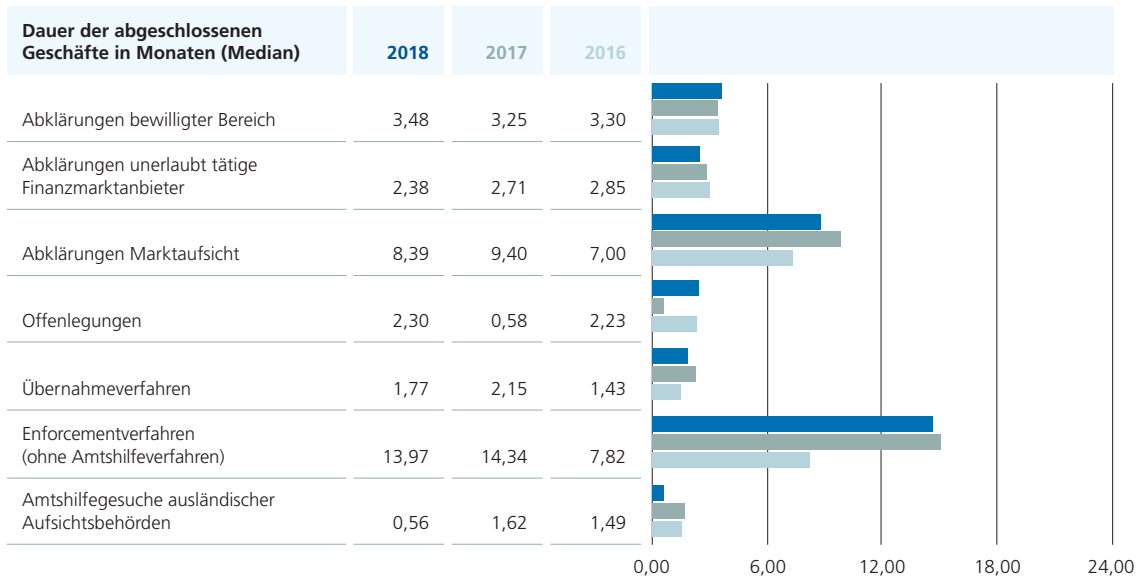
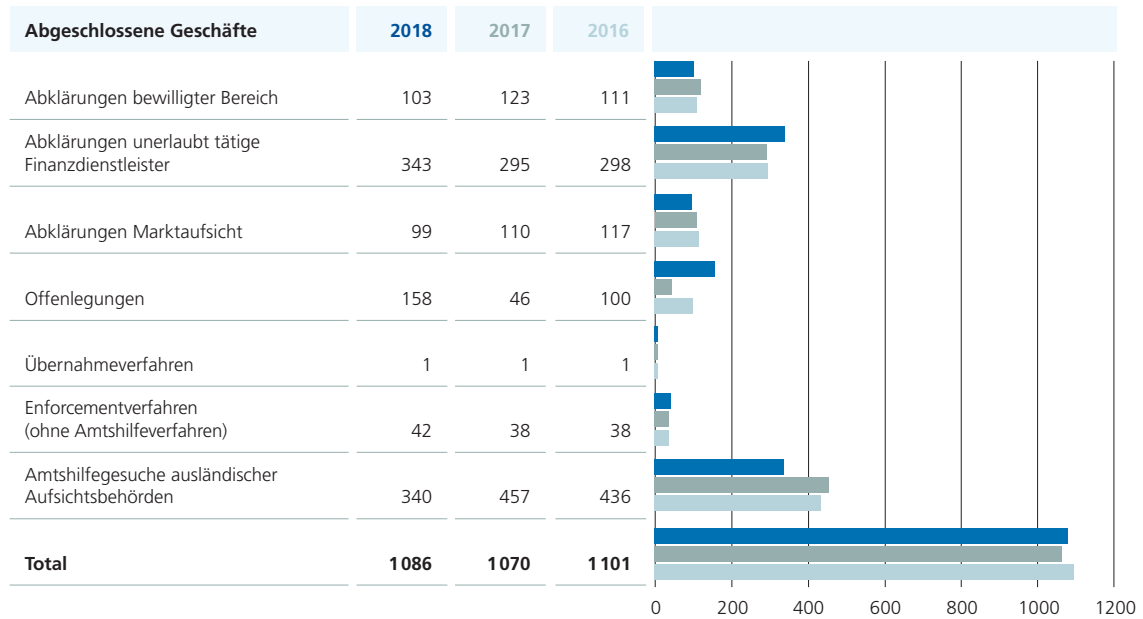
Arrêt du TAF B-3496/2018 du 28.9.2018 / AMF Québec / Entraide administrative internationale: le recours est admis (**cas 35**)

Arrêt du TAF B-3495/2018 du 28.9.2018 / AMF Québec / Entraide administrative internationale: le recours est admis (**cas 35**)

Urteil BVGer B-3705/2018 vom 4.10.2018 / SEC / Internationale Amtshilfe: Abweisung der Beschwerde (**Fall 36**)

Allgemeine Statistiken¹

Abgeschlossene Enforcementgeschäfte



¹ Aufgrund nachträglicher Änderungen oder Anpassungen der Zählweise könne die Zahlen des Statistikeils von denjenigen des letztjährigen Berichts abweichen.

Abklärungen

Abgeschlossene Abklärungen nach Thema (Auswahl an Themen; mehrere Themen je Abklärung möglich)	2018	2017
Bewilligter Bereich		
Bewilligungsgesuche	1	7
Verantwortlichkeit natürliche Personen	23	29
Organisation	70	64
Sorgfaltspflichten nach GwG	26	35
Unerlaubte Tätigkeit		
Effektenhandel ohne Bewilligung	29	34
Entgegennahme von Publikumseinlagen ohne Bewilligung/Fintech-Geschäftsmodelle	129	142
Verwendung Begriff «Bank» etc.	27	13
Finanzintermediär GwG ohne Bewilligung/SRO-Anschluss/Fintech-Geschäftsmodelle	215	152
Schweizerische kollektive Kapitalanlagen ohne Bewilligung	7	16
Versicherungstätigkeit ohne Bewilligung	7	7
Marktaufsicht		
Insiderhandel	75	88
Marktmanipulation	16	18
Offenlegungen		
Empfehlung	9	11
Meldepflichtverletzung	149	35

Abgeschlossene Abklärungen nach Art der Betroffenen (Auswahl an Betroffenen; mehrere Betroffene je Abklärung möglich)	2018	2017
Bewilligter Bereich		
Bank/Effektenhändler	34	54
DUFI	4	5
Versicherungsunternehmer	36	35
Asset Manager (Vermögensverwalter schweizerischer kollektiver Kapitalanlagen)	1	3
Natürliche Personen	11	9
Unerlaubte Tätigkeit		
Juristische Personen	329	287
Natürliche Personen	14	8
Offenlegungen		
Bank/Effektenhändler	5	1
Investoren	145	38

Enforcementverfahren

Abgeschlossene Enforcementverfahren nach Bereich (ohne Amtshilfverfahren)	2018	2017
Bewilligter Bereich	32	20
davon Banktätigkeit/Effektenhandel	21	16
davon Versicherungstätigkeit	1	0
davon Aufnahmeprüfung Versicherungsvermittler	4	0
davon DUF	2	0
davon Bewilligte nach KAG	2	1
davon ausländische kollektive Kapitalanlagen	0	0
davon Marktaufsicht	1	3
davon andere	1	0
Unerlaubter Bereich	10	18
Total	42	38

Von abgeschlossenen Enforcementverfahren betroffene Parteien (ohne Amtshilfverfahren; mehrere betroffene Parteien je Verfahren möglich)	2018	2017
Juristische Personen im bewilligten Bereich	25	13
Natürliche Personen im bewilligten Bereich	14	11
Juristische Personen im unerlaubt tätigen Bereich	16	23
Natürliche Personen im unerlaubt tätigen Bereich	17	32
Total	72	79

Internationale Amtshilfe

Abgeschlossene Amtshilfegesuche nach Themen (Amtshilfeleistung) (je nach Gesuch mehrere Themen möglich)	2018	2017
Marktmissbrauch	108	173
Bank	22	42
Versicherung	1	1
Märkte	6	11
Fit & Proper	109	96
Weiterleitungsverfahren	8	6
Allgemeine Anfragen	84	115
Abklärungen Art. 271 StGB	0	1
Abklärungen Art. 4 ^{quinquies} BankG	1	3
Andere	1	10
Total	340	458

Abgeschlossene Amtshilfegesuche nach Land (Amtshilfeleistung)	2018	2017
Frankreich	39	47
Deutschland	23	60
USA	41	52
Vereinigtes Königreich	14	33
Österreich	12	11
Italien	15	14
Kanada	11	15
Liechtenstein	8	8
Übrige europäische Behörden: EU	104	99
Übrige europäische Behörden: Nicht-EU-Länder	23	32
Naher Osten, amerikanische, ozeanische, asiatische Behörden	41	75
Afrikanische Behörden	9	11
Total	340	457

Amtshilfegesuche von ausländischen Behörden

Kundenverfahren

Betreffend Amtshilfegesuche ausländischer Behörden wurden im Berichtsjahr 91 Kunden (Vorjahr 131) von Bewilligungsträgern notifiziert, wobei in 8 Fällen (Vorjahr 9) eine anfechtbare Verfügung verlangt wurde. 7 Verfügungen (Vorjahr 9) wurden beim Bundesverwaltungsgericht angefochten. Das Bundesverwaltungs-

gericht hat 2018 in 7 Fällen (Vorjahr 9) entschieden, in 4 davon (Vorjahr 8) zugunsten der FINMA.

Bei 42 Kunden wurden Übermittlungen ohne vorgängige Information der Betroffenen gemäss Art. 42a Abs. 4 FINMAG vorgenommen (Vorjahr 21).

Amtshilfebegehren der FINMA im Zusammenhang mit eigenen Enforcementaktivitäten

Amtshilfebegehren der FINMA in eigenen Enforcementverfahren nach Land (Amtshilfeersuchen)	2018	2017
Frankreich	0	2
Deutschland	4	5
USA	1	1
Vereinigtes Königreich	3	7
Österreich	2	1
Italien	0	0
Kanada	0	0
Liechtenstein	3	2
Übrige europäische Behörden: EU	2	6
Übrige europäische Behörden: Nicht-EU-Länder	1	3
Naher Osten, mittel- und südamerikanische, asiatische Behörden	4	2
Afrikanische Behörden	0	0
Total	20	29

Themen der entsprechenden Enforcementaktivitäten	2018	2017
Bewilligter Bereich	9	11
Unerlaubte Tätigkeit	5	8
Marktaufsicht	6	10
Total	20	29

Meldungen² nach Art. 42c Abs. 3 FINMAG (Direktübermittlung durch Beaufschlagte)

Meldungen gemäss Art. 42c Abs. 3 FINMAG	2018	2017
Banken	31	81
Versicherungen	53	86
Übrige Geschäftsbereiche	3	2
Total	87	169
Davon ...		
... mit Verzicht auf zukünftige Meldungen von gleichartigen Übermittlungen (FINMA-RS 17/06, Rz. 69)	7	21
... mit Vorbehalt der Amtshilfe durch die FINMA (Art. 42c Abs. 4 FINMAG)	3	8

² Als eine Meldung wurde jeweils die Mitteilung einer beabsichtigten Übermittlung gezählt. Dies unabhängig davon, ob – wie in der Praxis häufig der Fall – in einem Schreiben die Übermittlung von mehreren verschiedenen Berichten/Dokumenten/Sachverhalten angekündigt wurde.

Verfügungen in Enforcementgeschäften

Allgemein

Verfügungen nach Sprache	2018	2017
Deutsch	68	50
Französisch	15	17
Italienisch	7	0
Total	90	67

Verfügungen nach Art	2018	2017
Endverfügungen	62	48
Zwischenverfügungen	28	16
Wiedererwägungsverfügungen	0	3
Total	90	67

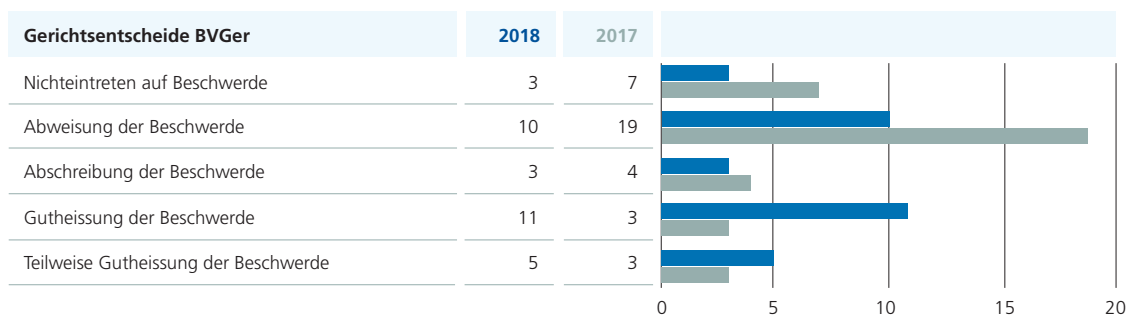
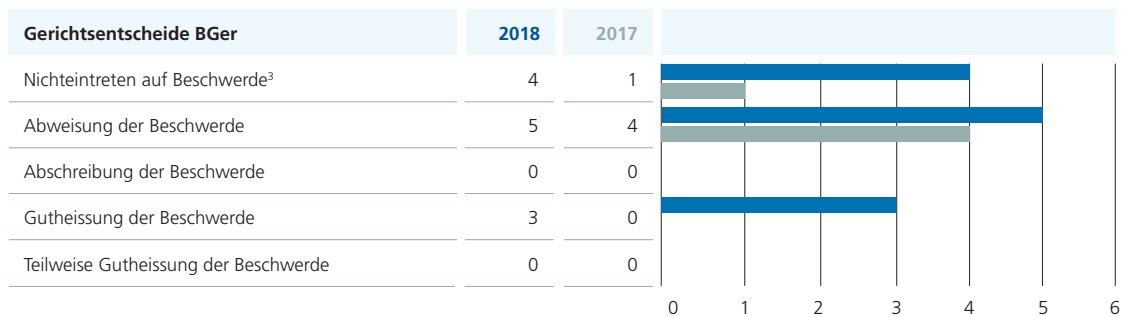
Verfügungen nach Bereich	2018	2017
Bewilligter Bereich	40	23
Unerlaubt tätige Finanzmarktanbieter	21	25
Marktaufsicht	6	6
Offenlegungen	1	3
Übernahmen	4	1
Versicherungsvermittleraufsicht	10	–
Amtshilfe	8	9
Total	90	67

Verfügungen nach Art der Betroffenen	2018	2017
Juristische Personen	90	76
Natürliche Personen	66	53
Total	156	129

Massnahmen

Massnahmen in Verfügungen (ohne Amtshilfeverfahren, mehrere Massnahmen und mehrere betroffene Personen je Verfügung möglich)	betroffene juristische Personen		betroffene natürliche Personen	
	2018	2017	2018	2017
Auflagen und Einschränkungen (Art. 31 FINMAG)	8	7	0	0
Berufsverbot (Art. 33 FINMAG)	–	–	6	6
Tätigkeitsverbot (Art. 35a BEHG)	–	–	1	3
Unterlassungsanweisung	0	4	14	26
Veröffentlichung Verfügung/Dispositiv (Art. 34 FINMAG)	0	0	13	23
Einziehung (Art. 35 FINMAG)	1	6	0	2
Einsetzung Untersuchungsbeauftragter (Art. 36 FINMAG)	13	16	0	2
Umsetzungsbegleitung durch Dritte	9	3	0	0
Bewilligungsentzug (Art. 37 FINMAG)	0	0	0	0
Konkurseröffnung/Liquidation	5	9	0	0

Gerichtentscheide



³ In einem Nichteintretensfall war die FINMA Beschwerdeführerin.

Anzeigen an Strafverfolgungsbehörden

Strafanzeigen an Strafrechtsdienst EFD	2018	2017
Strafanzeigen total	215	115
Anzahl angezeigte Personen (mehrere Personen je Strafanzeige möglich)		
Unbekannt	0	3
Namentlich genannte natürliche Personen	69	50
Namentlich genannte juristische Personen	179	113
Total	248	166
Thema der Strafanzeige (mehrere Themen je Strafanzeige möglich)		
Entgegennahme von Publikumseinlagen ohne Bewilligung	9	15
Verwendung Begriff «Bank» etc.	4	11
Effektenhandel ohne Bewilligung	3	7
Finanzintermediär GwG ohne Bewilligung/SRO-Anschluss	3	10
KAG-Tätigkeit ohne Bewilligung	3	6
Versicherungstätigkeit ohne Bewilligung	0	0
Verstoss gegen VAG	37	–
BEHG-Meldepflicht/FinfraG-Meldepflicht ⁴	156	33
GwG-Meldepflicht	9	7
Falsche Angaben	4	4
Widerhandlung gegen Verfügung der FINMA	0	1
Andere	10	36

⁴ Die Zunahme der Strafanzeigen in diesem Bereich war die Folge einer Abarbeitung eines Rückstaus aufseiten der Offenlegungsstelle der Börse.

- a** alt / Ancien
- Abs.** Absatz
- AG** Aktiengesellschaft
- al.** alinéa
- AMF** Autorité des marchés financiers
- Art. / art. / artt.** Artikel / article / articoli
- AVO** Verordnung vom 9. November 2005 über die Beaufsichtigung von privaten Versicherungsunternehmen (Aufsichtsverordnung; SR 961.011)
- BaFin** Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Deutschland)
- BankG** Bundesgesetz vom 8. November 1934 über die Banken und Sparkassen (Bankengesetz; SR 952.0)
- BEHG** Bundesgesetz vom 24. März 1995 über die Börsen und den Effektenhandel (Börsengesetz; SR 954.1)
- BEHV** Verordnung vom 2. Dezember 1996 über die Börsen und den Effektenhandel (Börsenverordnung; SR 954.11)
- BGer** Bundesgericht
- Bst.** Buchstabe
- BVGer** Bundesverwaltungsgericht
- bzw.** beziehungsweise
- CEO** Chief Executive Officer
- cf.** Confer
- CHF** Schweizer Franken / francs suisses / franchi svizzeri
- CONSOB** Commissione nazionale per le società e la Borsa
- CP** Code pénal suisse du 21 décembre 1937 (RS 311.0) / Codice penale svizzero del 21 dicembre 1937 (RS 311.0)
- cpv.** capoverso
- DUFI** direkt unterstellter Finanzintermediär
- EFD** Eidgenössisches Finanzdepartement
- EU** Europäische Union / European Union
- EUR** Euro / euro
- etc.** et cetera
- EVV** externe Vermögensverwalter
- f.** folgend
- ff.** fortfolgende
- FinfraG** Bundesgesetz vom 19. Juni 2015 über die Finanzmarktinfrastrukturen und das Marktverhalten im Effekten- und Derivatehandel (Finanzmarktinfrastrukturgesetz; SR 958.1)
- FinfraV-FINMA** Verordnung vom 3. Dezember 2015 der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht über die Finanzmarktinfrastrukturen und das Marktverhalten im Effekten- und Derivatehandel (Finanzmarktinfrastrukturverordnung-FINMA; SR 958.111)
- FINMA** Eidgenössische Finanzmarktaufsicht / Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers / Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari / Swiss Financial Market Supervisory Authority
- FINMAG** Bundesgesetz vom 22. Juni 2007 über die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finanzmarktaufsichtsgesetz; SR 956.1)
- FINMA-RS 17/6** FINMA-Rundschreiben 2017/6 vom 18. Dezember 2016 «Direkte Übermittlung von nicht öffentlichen Informationen an ausländische Behörden und Stellen durch Beauftragte»
- GwG** Bundesgesetz vom 10. Oktober 1997 über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung im Finanzsektor (Geldwäschereigesetz; SR 955.0)
- Inc.** Incorporated
- IPP** Instance pour la publicité des participations de SIX Swiss Exchange
- i. V. m.** in Verbindung mit
- KAG** Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die kollektiven Kapitalanlagen (Kollektivanlagengesetz; SR 951.31)
- LBVM** Legge federale del 24 marzo 1995 sulle borse e il commercio di valori mobiliari (legge sulle borse; RS 954.1)
- let. / lett.** Lettre / lettera
- LFINMA** Loi fédérale du 22 juin 2007 sur l’Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers (loi sur la surveillance des marchés financiers; RS 956.1) / Legge federale del 22 giugno 2007 concernente l’Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari (legge sulla vigilanza dei mercati finanziari; RS 956.1)
- LIMF** Loi fédérale du 19 juin 2015 sur les infrastructures des marchés financiers et le comportement sur le marché en matière de négociation de valeurs mobilières et de dérivés (loi sur l’infrastructure des marchés financiers; RS 958.1)

Abkürzungen

- LPCC** Loi fédérale du 23 juin 2006 sur les placements collectifs de capitaux (loi sur les placements collectifs; RS 951.31)
- LPD** Loi fédérale du 19 juin 1992 sur la protection des données (RS 235.1) / Legge federale del 19 giugno 1992 sulla protezione dei dati (RS 235.1)
- LRD** Legge federale del 10 ottobre 1997 relativa alla lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo (legge sul riciclaggio di denaro; RS 955.0)
- Ltd.** Limited
- Mio. / mio.** Million / milione
- MROS** Money Laundering Report Office Switzerland (Meldestelle für Geldwäscherei)
- OAR** Organisme d'autorégulation
- OIMF-FINMA** Ordonance du 1^{er} septembre 2018 de l'Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers sur les infrastructures des marchés financiers et le comportement sur le marché en matière de négociation de valeurs mobilières et de dérivés (Ordonnance de la FINMA sur l'infrastructure des marchés financiers; RS 985.111)
- PA** Loi fédérale du 20 décembre 1968 sur la procédure administrative (RS 172.021)
- PEP** politisch exponierte Person / personne politiquement exposée
- Rz.** Randziffer
- S.** Seite
- SA** Société anonyme / società anonima
- SEC** Securities and Exchange Commission (USA)
- seg. / segg.** seguente / seguenti
- SRO** Selbstregulierungsorganisation / self-regulatory organisation
- StGB** Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
- TAF** Tribunal administratif fédéral / Tribunale amministrativo federale
- u. a.** unter anderem
- UEK** Übernahmekommission
- USA** Vereinigte Staaten von Amerika / United States of America
- USD** US-Dollar
- VAG** Bundesgesetz vom 17. Dezember 2004 betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz; SR 961.01)
- vgl.** vergleiche
- z. B.** zum Beispiel



IMPRESSUM

Herausgeberin

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA
Laupenstrasse 27
CH-3003 Bern
Tel. +41 (0)31 327 91 00
Fax +41 (0)31 327 91 01
info@FINMA.ch
www.FINMA.ch

Geschlechterneutrale Formulierung

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird auf die geschlechterspezifische Differenzierung verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Druck

BBL

Gestaltung

FINMA